

LAT-1

Titel	Sozial-ökologische Transformation
Antragsteller*innen	Juso-Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landesvorstand

Sozial-ökologische Transformation

- 1 Unser Transformationsbegriff
- 2 Der sozial-ökologische Transformatin unserer Gesellschaft und insbesondere der Industrie ist eine der wich-
3 tigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Im Spannungsfeld zwischen der sich abzeichnenden Klimakatastrophe
4 einerseits und einer möglichen Deindustrialisierung – mit enormen Wohlstands- und Arbeitsplatzverlusten vor
5 allem für Menschen ohne Vermögen – andererseits sind wir die einzige Kraft, mit der dieses Projekt gelingen
6 kann.
- 7 Transformation bedeutet Veränderung. Damit gibt es keine Entscheidung zwischen Veränderung oder Weiter-
8 so. Es gibt nur die Entscheidung zwischen organisierter Veränderung in unserem Sinne oder ungesteuerter
9 Veränderungen im Sinne derjenigen, die weiter von der Klimakrise und der Ausbeutung der Umwelt und Natur
10 profitieren.
- 11 Transformation erfordert **aktives staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln**: Solange es fossile Ener-
12 gieträger gibt, wird es auch ein kapitalistisches Interesse an ihrer Ausbeutung geben. Nur wenn wir uns mit
13 einer linken Bewegung an die Spitze der Weltgemeinschaft gegen die Ausbeutung der Natur stellen, können
14 wir einen lebenswerten Planeten erhalten.
- 15 Der **Begriff der Transformation** beinhaltet unterschiedliche zeitliche Perspektiven: Während wir langfristig
16 nicht nur einen Umbau der Produktionsweise, sondern vor allem auch der Eigentumsverhältnisse in der Indus-
17 trie anstreben und unsere sozialistische Vorstellung einer Industrie in den Händen der Arbeiter*innen Realität
18 werden lassen, müssen wir mittelfristig mit den Mitteln der staatlichen Souveränität entscheidende Weichen
19 stellen.
- 20 Dem Staat kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Einerseits braucht es ordnungspolitische Rahmenbedingungen
21 und klare gesetzliche Vorgaben, die den notwendigen Druck auf die Unternehmen erzeugen. Zum anderen
22 muss der Staat die Unternehmen mit Förderprogrammen bei ihren Anstrengungen unterstützen. Zudem muss
23 er endlich seine eigenen Hausaufgaben besser machen und die notwendige Infrastruktur konsequenter und
24 schneller modernisieren und ausbauen.
- 25 Dafür brauchen wir kurzfristige Weichenstellungen und vor allem eine ausreichende Finanzierung. Die Schul-
26 denbremse darf uns dabei nicht aufhalten: Investitionen, die heute nicht getätigt werden, gefährden unseren
27 Wohlstand von morgen.
- 28 Unser Transformationsbegriff muss eine **globale Perspektive** beinhalten: Wir müssen in unserem Handeln
29 mit gutem Beispiel vorangehen und alles tun, was in unseren Möglichkeiten liegt. Technologien, die für die kli-
30 maneutrale Industrie notwendigerweise entstehen müssen, sollen in globaler Kooperation und unter Einbezie-
31 hung verschiedenster internationaler Akteur*innen entwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir demokratische
32 Souveränität Europas erhalten und die Abhängigkeit von autokratischen Staaten minimieren. Deutschland soll
33 international eine verantwortungsvolle und treibende Kraft des Fortschritts sein.
- 34 Zur globalen Perspektive gehört es auch, internationale Mechanismen zu etablieren, die faire Bedingungen si-
35 cherstellen. Findet Außenhandel mit Akteur*innen einer Volkswirtschaft statt, die selbst keine CO2-Bepreisung
36 vorsieht, so wollen wir beispielsweise mit einer **CO2-Einfuhrsteuer** sicherstellen, dass klimafreundliche und
37 emissionsarme Produkte auch wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben.

38 Der Degrowth-Bewegung und der Forderung nach Deindustrialisierung erteilen wir eine klare Absage: Dieser
39 Antrag bezieht explizit keine Position zur Frage des weiteren Wirtschaftswachstums.

40 Arbeit und Qualifikation als tragende Säule der Transformation

41 Arbeit und qualifizierte Arbeitskräfte sind für die Transformation von entscheidender Bedeutung. Mit ihren
42 Händen und Köpfen erwirtschaften die Arbeiter*innen den Wohlstand unserer Gesellschaft. Es ist daher nur
43 logisch, dass sie im Zentrum der Transformation stehen müssen. Damit die Transformation gelingt, braucht
44 es zunächst den Blick auf die Arbeiter*innen.

45 Das größte Risiko für das Gelingen der Transformation ist der **Fachkräftemangel**. Egal wie ambitioniert die
46 Ausbauziele in den Parlamenten beschlossen werden: Solange die Facharbeiter*innen fehlen, die Solaran-
47 lagen aufs Dach schrauben oder Leitungen verlegen, und solange die Ingenieur*innen fehlen, die Zukunfts-
48 technologien entwickeln, wird nichts passieren. Der Qualifizierungsbedarf geht einher mit einem massiven
49 Investitionsbedarf.

50 Es braucht also ein **Recht auf Arbeit**. Die arbeits- und wirtschaftspolitische Herausforderung besteht darin,
51 das Recht auf Arbeit so auszufüllen, dass es mehr ist als ein Recht auf freie Berufswahl. Es muss ein echter
52 Anspruch des Individuums an die Gesellschaft sein, jederzeit eine Beschäftigung aufnehmen zu können, wenn
53 es dies wünscht. Dazu bedarf es einer staatlichen Jobgarantie in Form eines Rechtsanspruchs für alle hier
54 lebenden Menschen. Diese beinhaltet eine Entlohnung in Höhe des jeweiligen Tariflohns bzw. eines fairen,
55 armuts- und alterssichernden Mindestlohns.

56 Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und eine gute Ausbildung für alle zu gewährleisten, fordern wir
57 weiterhin eine **echte Ausbildungsgarantie**. Wer unter 27 Jahre alt ist, soll einen Rechtsanspruch auf einen
58 Ausbildungsplatz haben. Dazu wollen wir eine Umlagefinanzierung schaffen, die den ausbildenden Betrieben
59 die Kosten erstattet und die nicht ausbildenden Betriebe an der Finanzierung der Ausbildungskosten beteiligt.
60 Die außerbetriebliche Ausbildung für marktbenachteiligte Jugendliche muss die Ultima Ratio sein und darf nur
61 die Ausnahme bleiben. Deshalb müssen auch diese Kosten über die Umlage der Betriebe finanziert werden.
62 Damit werden Mitnahmeeffekte der Betriebe vermieden.

63 Es ist an der Zeit, das Recht auf eine 25-Stunden-Woche einzuführen, um den Bedürfnissen der modernen
64 Arbeitswelt gerecht zu werden. Unsere Arbeitskultur hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert, und
65 es ist wichtig, dass Arbeit*innen die Möglichkeit haben, eine bessere Work-Life-Balance zu erreichen. Eine
66 25-Stunden-Woche würde es den Menschen ermöglichen, mehr Zeit für ihre Familie, ihre Freunde, ihre Hob-
67 bys und ihre persönliche Entwicklung zu haben. Es würde auch die Produktivität am Arbeitsplatz verbessern,
68 indem es die Mitarbeiter*innen ausgeruhter und motivierter macht. Es ist an der Zeit, dass Betriebe und Re-
69 gierungen die Bedürfnisse der Arbeiter*innen ernst nehmen und das Recht auf eine 25-Stunden-Woche bei
70 vollem Lohnausgleich einführen.

71 Im Zuge der Transformation werden sich Berufsbilder verändern und neue Tätigkeitsprofile entstehen. Damit
72 verbunden ist ein enormer Qualifizierungsbedarf. Diese Qualifizierung ist nicht allein Aufgabe der Beschäf-
73 tigten im Rahmen ihrer Bildungsbiographie, sondern muss als staatliche Aufgabe unter Einbeziehung und
74 Verpflichtung der Unternehmen verstanden werden.

75 Der Erwerb neuer Qualifikationen braucht Zeit: Die **Bildungszeit** oder auch Teilzeit mit berufsbegleitender
76 Qualifizierung muss daher bis zu vier Jahre betragen können. Damit wird sichergestellt, dass eine berufliche
77 Neuorientierung tatsächlich möglich ist.

78 Notwendig ist ein **staatliches Qualifizierungsgelds** in Anlehnung an das Kurzarbeitergeld. Dieses soll einen
79 Entgeltersatz in Höhe von 70 Prozent des durch die Weiterbildung ausfallenden Nettoentgelts unabhängig von
80 Betriebsgröße, Alter und Qualifikation der Beschäftigten leisten. Neben dem Qualifizierungszuschuss ist auch
81 die tarifliche Aufstockung des **Bildungszeitzuschusses** zu regeln. Die Höhe des Entgeltersatzes soll auf 80 bzw.
82 87 Prozent erhöht werden, wenn der Betrieb während der Qualifizierungsphase Auszubildende übernimmt
83 bzw. Neueinstellungen vornimmt und für die Beschäftigten eine Beschäftigungssicherung über die Weiterbil-
84 dungszeit hinaus betrieblich oder tariflich geregelt ist. Die Weiterbildungskosten sollen über den Qualifizie-
85 rungszuschuss gefördert werden. Die Arbeiter*innen dürfen nicht auf den Kosten für die Weiterbildung sitzen
86 bleiben.

87 **Mitbestimmung** ist ein entscheidender Hebel für die Transformation der Betriebe. Die Arbeiter*innen haben

88 nicht nur ein Interesse am Erhalt ihrer Arbeitsplätze, sondern vor allem auch am Erhalt eines bewohnbaren
89 Planeten für ihre Kinder und nachfolgende Generationen. Deshalb braucht es dringend vermehrt die Mitbe-
90 stimmung der Arbeiter*innen bei betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen. Solange nur Mana-
91 ger*innen über die Ausrichtung der Unternehmen, ihrer Produkte und ihre Produktionsweise entscheiden,
92 werden weiterhin kurzfristige Gewinne und die Zufriedenstellung der Shareholder ausschlaggebend für die
93 Entscheidung sein. Dabei geht die Transformation nicht nur mit der Gestaltung der unternehmerischen und
94 betrieblichen Bereiche einher, sondern auch mit dem Verlust von spezifischen und beruflichen Arbeitsplätzen.
95 Den Verlust von Menschen gilt es, in Form von Weiterbildungen und finanziellen Hilfen sozial abzufedern. Die
96 Vergangenheit hat gezeigt, dass dies nur in ausreichendem Maße passiert, wenn Beschäftigte und Gewerk-
97 schaften mit am Tisch sitzen. Deshalb fordern wir jegliche Formen der Unternehmensmitbestimmung durch
98 das Modell der Montanmitbestimmung zu ersetzen, welches eine vollparitätische Mitbestimmung für die Be-
99 schäftigten garantiert.

100 Wir fordern konkret:

- 101 – Ein gesetzlich festgeschriebenes und garantiertes Recht auf Arbeit
- 102 – Ein gesetzlich festgeschriebenes Recht auf einen Ausbildungsplatz mit entsprechender Umlagefinanzierung
- 103
- 104 – Ein Recht auf Bildungszeit und den Anspruch auf Qualifizierungsgeld
- 105 – Die Ausweitung der Mitbestimmung auf betriebliche Entscheidungen
- 106 – Einführung der Montanmitbestimmung in allen Unternehmen mit Drittelparität und paritätischer Mitbestimmung
- 107

108 Wie wir die Transformation organisieren und fördern wollen

109 Um die ehrgeizigen Ziele der Transformation der Industrie einhalten zu können, sind unterschiedliche
110 Maßnahmen und Institutionalisierungen notwendig. Unsere Vorschläge dafür sind im Folgenden beschrie-
111 ben.

112 Ein Staatsfonds als zentrales Instrument der Transformation

113 Wir wollen einen staatlichen **Transformationsfonds** auf Bundesebene in Höhe von 500 Milliarden Euro. Er
114 sollte von vornherein so groß dimensioniert sein, dass er die für die Industrie entscheidenden Großinvestitio-
115 nen mit entsprechend ausgeprägten Lock-in-Effekten abdecken kann. Die Höhe ist auch vor dem Hintergrund
116 gerechtfertigt, dass Industrie und Energiewirtschaft zusammen für mehr als die Hälfte der Treibhausgasemis-
117 sionen in Deutschland verantwortlich sind und in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen zur Bewäl-
118 tigung der Herausforderungen anstehen.

119 Dazu soll die Grundlage des Fonds aus staatlichen Schulden finanziert werden, hinzu kommen Einlagen von
120 Privatpersonen, institutionellen Investor*innen und Förderbanken wie der KfW und der EIB. Solange die Schul-
121 denbremse nicht überwunden ist, soll die Finanzierung über ein Sondervermögen erfolgen. Neben dem Bund
122 sollen auch die Länder in die Finanzierung einbezogen werden, da auch sie von der Stärkung der Industrie in
123 ihren Regionen profitieren.

124 Der Transformationsfonds unterscheidet sich deutlich von anderen staatlichen „Fonds“ wie dem Energie- und
125 Klimafonds oder dem Kommunalen Investitionsfonds, da er kein reines Förderinstrument ist. Diese Fonds sind
126 heute in der Regel Sondervermögen des Bundes, die keine Rendite erwirtschaften, sondern ein festgelegtes Fi-
127 nanzvolumen zweckgebunden vergeben. Dabei fließen weder Mittel an den Bund zurück, noch wird der Bund
128 Miteigentümer der geförderten Strukturen. Der Transformationsfonds dient demgegenüber nicht nur der För-
129 derung oder Bereitstellung von Mitteln, sondern soll die direkte Beteiligung oder Finanzierung des Bundes in
130 Schlüsselindustrien umsetzen, um Gestaltungsspielräume im Sinne der Transformation zu ermöglichen. Der
131 Transformationsfonds besteht daher aus zwei Komponenten. Die erste Komponente dient der Förderung der
132 Transformation durch die Bereitstellung von Kapital für bestimmte Förderzwecke, die zweite Komponente zielt
133 darauf ab, dass sich der Staat an Unternehmen beteiligt und damit generell im Sinne der Transformation tätig
134 wird.

135 Der Fonds richtet sich sowohl an börsennotierte Industrieunternehmen als auch an mittelständische Unter-
136 nehmen, deren Aktivitäten als sozial-ökologisch nachhaltig gelten. Durch die Beteiligung soll direkt Einfluss auf

137 die Umsetzung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen in den Unternehmen genommen werden.

138 Darüber hinaus soll die aktive Beteiligung der Gewerkschaften bei der Vergabe und Verwendung der Mittel
139 sichergestellt werden. Neben der Bereitstellung von Kapital für Investitionen in klimafreundliche Technolo-
140 gien, Prozesse und Produkte soll der Fonds auch gezielt eingesetzt werden, um Übernahmen aus Nicht-EU-
141 Ländern in Schlüsselbereichen zu verhindern. Der Vorteil einer staatlichen Beteiligung gegenüber Subventio-
142 nen besteht darin, dass eine Sozialisierung der Kosten bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne vermieden
143 wird.

144 Unternehmen, die Förderung und Unterstützung aus dem Transformationsfonds erhalten, verpflichten sich im
145 Gegenzug, je nach Höhe, für bestimmte Zeiträume auf Dividendenausschüttungen zu verzichten und Gewinne
146 im sozial-ökologischen Sinne zu reinvestieren. Darüber hinaus wollen wir die Verwendung der Mittel aus dem
147 Transformationsfonds an sozial-ökologische Kriterien knüpfen, zu denen beispielsweise Tariftreue oder die
148 Einhaltung von Standards entlang der Lieferkette gehören.

149 Wir fordern konkret:

- 150 • Die Einrichtung eines Transformationsfonds auf Bundesebene in Höhe von 250 Milliarden Euro.
- 151 • Die Verwendung der Mittel durch Förderprogramme und Unternehmensbeteiligungen durch den
152 Bund.
- 153 • Die Beteiligung von Gewerkschaften bei der Vergabe und Verwendung der Mittel.
- 154 • Verpflichtende knüpfung von Förderungen an Sozialstandards

155 Förderale Transformationsagenturen: Beratung, Angebote, Vernetzung

156 Der Freistaat Bayern und die anderen Bundesländer, die noch nicht über eine solche Einrichtung verfügen,
157 sollen eigene Transformationsagenturen einrichten, die den Transformationsclustern angegliedert sind. Ihre
158 Aufgabe ist die Beratung von Betriebsräten, Unternehmen und Regionen.

159 Die Transformationsagentur übernimmt zum einen eine Lotsenfunktion für Qualifizierungsmöglichkeiten.
160 Zum anderen bündelt sie die Fördermöglichkeiten und schafft in beiden Fällen einen schnellen und leicht
161 zugänglichen Überblick für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Außerdem hat die Transformationsagentur die
162 Aufgabe, zukünftige Entwicklungen im Auge zu behalten und in die Regionen zu übersetzen. Dazu erarbei-
163 tet sie Analysen, stellt Hintergrundinformationen zur Verfügung und unterstützt die Weiterentwicklung der
164 Transformationspolitik vor Ort. Eine weitere zentrale Aufgabe liegt in der Vernetzung von Partner*innen der
165 regionalen Arbeitsmarktpolitik.

166 Wir fordern konkret:

- 167 • Die Einrichtung von Transformationsagenturen, sofern diese noch nicht existieren

168 Regionale Transformationscluster zur Umsetzung vor Ort

169 Regionale Transformationscluster sollen die nationale Strategie in regionales Handeln übersetzen. Die Fol-
170 gen der Transformation betreffen auch Regionen, die heute wirtschaftlich gut dastehen, wie z.B. Franken, die
171 Region München oder Weiden in der Oberpfalz.

172 Viele Förderungen ignorieren aktuell die regionalpolitischen Herausforderungen der Transformation und er-
173 reichen viele Unternehmen und Regionen deshalb nicht. Daher sollen Transformationscluster den strukturel-
174 len Wandels in den Regionen abfangen. Im Transformationscluster sollen auch die oben genannten Transfor-
175 mationsräte eine wichtige Rolle spielen.

176 Die Transformationscluster sollen regionale Zukunftskonzepte entwickelt werden. Diese sollen in Zukunftsver-
177 einbarungen in den Unternehmen, die von der Transformation betroffen sind, übersetzt werden. Dazu müs-
178 sen in Betrieben gemeinsam von allen, das heißt von Geschäftsführung bis zu den Betriebsräten Lösungen
179 entwickelt werden, um Standorte so auszurichten, dass sie die Anforderungen der Transformation bewälti-
180 gen können und den Beschäftigten Wege in neue oder veränderte berufliche Qualifikationen und Tätigkeiten
181 eröffnen.

182 Die Transformationscluster übernehmen auch die Aufgabe, die Mittel aus dem Transformationsfonds vor dem
183 Hintergrund der regionalen Gegebenheiten, zu verteilen. Außerdem sollen sie bei der Ansiedlung und Grün-

184 dung von Unternehmen unterstützen, die Zukunftstechnologien entwickeln wollen. Ziel ist es dort technologi-
185 sche Entwicklungskonzepte zu schaffen, wo die Entwicklung neuer Technologien zum Erhalt der industriellen
186 Produktion konkret notwendig ist.

187 Regionalpolitisch wollen wir betriebliche Prozesse unterstützen. Wichtig für uns ist es, vorhandene industrielle
188 Strukturen zu sichern. Diese sollen nicht abgebaut oder ausgelagert werden. Ziel ist die Weiterentwicklung hin
189 zu technologisch CO2 neutralen Technologien und guten Arbeitsplätzen mit Tarifbindung. Dazu braucht es
190 über die Transformationscluster regionale Präventionskonzepte, die die Sicherung der vorhandenen industri-
191 ellen Strukturen sicherstellen.

192 Wir fordern konkret:

- 193 • Die Einführung von Transformationscluster in den Regionen
- 194 • Zukunftsvereinbarungen für die Regionen und in den Betrieben
- 195 • Präventionskonzepte in den Regionen

196 Lokale Transformationsräte

197 Die politischen Entscheidungen, die auch auf lokaler Ebene notwendig sind, wollen wir durch die Einführung
198 von Transformationsräten verbessern. Diese Transformationsräte tagen regelmäßig und setzen sich aus un-
199 terschiedlichen Akteur*innen aus Betriebsräten, Gewerkschaften, Industriebetrieben, Wirtschaftsverbänden,
200 Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammen und sorgen für ein besseres gegenseitiges Verständnis
201 der jeweiligen Perspektiven. Sie brauchen klare Kompetenzen und ein verbindliches Antrags- und Vorschlags-
202 recht in kommunalen Parlamenten und Entscheidungsgremien.

203 Wir fordern konkret:

- 204 • Die Einführung von lokalen Transformationsräten mit klar definierten Rechten und diverser Zusam-
205 mensetzung

206 Wie wir die Energie für die Industrie erzeugen wollen

207 Industrielle Produktion ist enorm energieintensiv. Die Transformation bezieht sich einerseits auf die Produkte
208 und Prozesse in der Industrie, andererseits aber auch auf die Gewinnung der Energie, die für die Produktion
209 notwendig ist. Einerseits braucht es eine Elektrifizierung, die auf erneuerbaren Energien fußt. Bereiche, die
210 nicht elektrifiziert werden können, können durch grünen Wasserstoff dekarbonisiert werden.

211 Erneuerbaren Energien

212 Der Ausbau von Photovoltaik, Windkraft und Wasserkraft ist grundlegend für eine tragfähige Industriepolitik.
213 Wir fordern hier explizit den Abbau von Hürden für den Ausbau und die schnellstmögliche Umstellung der
214 Stromgewinnung auf 100% erneuerbar. Diese muss unter Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung von
215 Arbeiter*innen an betrieblichen Entscheidungen geschehen.

216 Wir fordern konkret:

- 217 • Subventionen für fossile Energieträger müssen bei gleichzeitigem Ausbau der erneuerbaren Energien
218 stufenweise abgeschafft werden.
- 219 • Der Ausbau erneuerbarer Energien muss schleunigst und mit dem notwendigen Ehrgeiz vorangetrie-
220 ben werden.

221 Grüner Wasserstoff

222 Grüner Wasserstoff ist eine CO2-freie Technologie zur Dekarbonisierung von Sektoren und Teilsektoren, die
223 nicht elektrifiziert werden können. Er wird durch die Elektrolyse von Wasser erzeugt, wobei der Strom aus
224 erneuerbaren Energien gewonnen wird. Seine Transportfähigkeit ermöglicht zudem die Entkopplung und Fle-
225 xibilisierung von Energieerzeugung und -verbrauch.

226 Haupteinsatzgebiet für grünen Wasserstoff ist die chemische Industrie. Darüber hinaus kann Wasserstoff in
227 der Stahlindustrie eingesetzt werden, um Kohle zu ersetzen. Nicht zuletzt ist Wasserstoff als Brennstoff eine
228 Alternative zum Befeuern von Öfen.

229 Grüner Wasserstoff kann als Kraftstoff im Verkehr eingesetzt werden – insbesondere dort, wo eine Elektrifizierung nicht sinnvoll oder möglich ist. Zusammen mit CO₂ kann er auch in andere klimafreundliche Kraftstoffe
230 umgewandelt werden, die Lkw, Schiffe und Flugzeuge antreiben. Durch die Umstellung auf Wasserstoff zur
231 Dekarbonisierung der Industrie können Industriestandorte gesichert werden.
232

233 Wir fordern konkret:

- 234 • Die Unterstützung der Wasserstoffproduktion in Gebieten, in denen reichlich erneuerbare Energie verfügbar ist. Die Bedeutung der Wasserstoffproduktion im globalen Kontext muss durch angemessene
235 Beteiligung an den Gewinnen der Produktion deutlich werden.
236
- 237 • Eine Erhöhung der Förderung von grünem Wasserstoff im Rahmen des Transformationsfonds und die
238 Unterstützung von Unternehmen, die auf Wasserstoff als Alternative zu fossilen Energien setzen.
- 239 • Die alte Gasnetz-Infrastruktur muss schnellstmöglich auf die Beimischung von Wasserstoff eingestellt
240 werden. Dafür braucht es feste Beimischungsquoten.
- 241 • Ein massiver Ausbau des Wasserstoffpipelinesetzes und Umbau der Gaspipelines für den Wasserstoff-
242 transport.
- 243 • Die Industrie muss schnellstmöglich umgebaut werden, hin zur CO₂-Neutralität durch die Nutzung von
244 Wasserstoff.
- 245 • Der Einsatz von Wasserstoff muss verpflichtend gemacht werden.

246 Kreislaufwirtschaft als langfristiges Ziel

247 Ressourcen und Rohstoffe sind auf dieser Welt nur endlich vorhanden. Die Wiederverwendung und das Recycling von Produkten verlangsamt die Reduktion natürlicher Ressourcen, verringert die Zerstörung von Landschaften und Lebensräumen und trägt dazu bei, den Verlust der biologischen Vielfalt zu begrenzen. Wir müssen ein Gleichgewicht schaffen, zwischen Verbrauch und natürlicher Regeneration von Ressourcen. Die Endlichkeit von Ressourcen fordert die Wiederverwendung ebendieser.
248
249
250
251

252 Viele Ressourcen, die in modernen Technologien Verwendung finden, werden unter miserablen Bedingungen gefördert und abgebaut. Kinderarbeit, Ausbeutung und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen sind keine Seltenheit. Diesen Missständen wird durch Recycling und Wiederverwendung von Produkten und Rohstoffen die Grundlage entzogen.
253
254
255

256 Die Verantwortung für Recycling kann dabei nicht nur bei den Konsument*innen liegen, sondern muss im Design und in der Herstellung der Produkte durch die Unternehmen angelegt sein. Dafür braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Unternehmen dazu verpflichten, verantwortungsvoll mit Rohstoffen umzugehen.
257
258
259

260 Wir fordern konkret:

- 261 • Verbindliche kontinuierlich steigende Recyclatquoten bei allen Produkten.
- 262 • Prozesse müssen so ausgestaltet werden, dass Abfälle unternehmensübergreifend anders genutzt werden können.
263
- 264 • Bevor Produkte produziert werden, müssen zuvor Recyclingpläne für diese ausgearbeitet werden.
- 265 • Gebrauchsgüter müssen auf lange Zeit produziert werden können, um möglichst lang nutzbar zu sein. Teile des Produkts müssen für diesen Zweck bei der Weiterentwicklung austauschbar sein.
266
- 267 • Sollbruchstellen/ geplanter Verschleiß bei Produkten müssen verboten und zurückgedrängt werden.
- 268 • Right to repair: Produkte müssen reparierbar sein. Unser Ziel sind Produkte, die in ihre Bestandteile zerlegbar sind.
269
- 270 • Der Staat muss Reparatur als Dienstleistung fördern.
- 271 • Unternehmen müssen ihre bestehenden, teilweise nicht zukunftsfähigen Geschäftsfelder durch konsequente Digitalisierung transformieren.
272

273 Ohne Infrastruktur keine Transformation

274 Die Versorgung mit klimaneutraler Energie, der klimaneutrale Transport von Gütern auf elektrifizierten Schie-
275 nenverbindungen und vieles mehr erfordern eine gute Infrastruktur. Hier haben wir in Deutschland in den
276 vergangenen Jahren einen immer stärkeren Investitionsstau angehäuft. Ohne diese Infrastruktur und vor al-
277 lem ohne verbindlich gesetzlich geregelte Ausbauziele für diese Infrastruktur (Infrastrukturgarantien) werden
278 Unternehmen nicht bereit sein, ihrerseits notwendige Investitionen zu tätigen.

279 Zusätzlich zum politischen Willen und Beschlüssen in Parlamenten, ist es gleichzeitig notwendig, den Aus-
280 bau auch operativ zu beschleunigen und zu priorisieren. Hierfür braucht es eine Modernisierung von Pla-
281 nungsverfahren, eine ehrliche Überprüfung von Bürokratie und Vorgaben sowie deutlichen politischen Wider-
282 stand gegen Not-in-my-backyard-Initiativen, die mit hanebüchenen Argumentationen wichtige Projekte blo-
283 ckieren.

284 Bestehende Infrastruktur fossiler Energieträger soll umgebaut und umgerüstet werden, um perspektivisch
285 CO2-freie Energie zu transportieren, zu erzeugen, zu speichern und zu verbrauchen.

286 Konkret fordern wir:

287 • Einen schnellen und konsequenten Ausbau der Infrastruktur im Bereich der erneuerbaren Energien
288 (Energiequellen und -Netze), Transport (Schiene), Kommunikation (Glasfaser).

289 • Mehr Geld und höhere Mittel für den Infrastrukturausbau.

290 • Beschleunigung von Planungsverfahren durch eine kritische und ehrliche Überprüfung von bürokrati-
291 schen Prozessen.

292 • Politischer Widerstand zu NIMBY-Initiativen.

293 • Infrastruktur ist zu wichtig, um das zugehörige Ministerium der FDP zu überlassen.

294 Was es sonst noch braucht

295 Wir wollen in diesem Antrag viele der bestehenden Beschlusslagen nicht wiederholen, sondern lediglich be-
296 kräftigen. Dazu gehören unsere grundsätzlichen Positionen zu notwendigen Reformen des Steuersystems in
297 Bezug auf hohe Einkommen und Vermögen hin zu mehr globaler Steuergerechtigkeit und Steuervermeidung.
298 Auch umfangreiche Positionierungen im Kontext von betrieblicher Mitbestimmung oder der Bedeutung von
299 Arbeit und der Organisation der arbeitenden Klasse sind essentiell. Auch Wege des Ausbaus erneuerbarer
300 Energien wurden an anderer Stelle aufgezeigt. Der Ausbau dieser ist weiterhin essentiell für eine Transforma-
301 tion.